

Zeitung der Linken

FRÜHLING 2026

Spandauer Umschau

Kostenlos. Aber unbezahlbar.

Wie wir gemeinsam den Mietennotstand bekämpfen



04

Neubaugelbiete

Wir müssen
jetzt handeln

12

Bürgerbegehren Milieuschutz

Mieter:innen
schützen

16

Heizkostencheck und Mietwucher

Hol dir dein
Geld zurück

Neues aus Spandau

Zahl des Monats

2.

stärkster Wachstumsbezirk Berlins: Spandau zieht immer mehr Menschen an.

Start des Bürgerbegehrens zum Schutz von Mieter:innen

Anfang März startete das Bürgerbegehren Milieuschutz offiziell. Initiiert wurde es vom Runden Tisch Milieuschutz, einem Zusammenschluss von Mieter:innen, Initiativen, Vereinen und Parteien. Nun werden etwas mehr als 5000 Unterschriften von Spandauer:innen benötigt, damit es zu einer bezirksweiten Abstimmung kommen kann.

→ Mehr dazu auf S.10



Copyright/Quelle: Entwicklungstadt

Bauen, bauen, bauen am Seeburger Weg

Während Straßenbaustellen stocken, geht der Rohbau der 156 neuen Wohnungen am Seeburger Weg trotz eisiger Temperaturen zügig voran. Der Einzug ist für Ende 2027 geplant. Rund ein Drittel der Wohnungen gehören zum sozialen Wohnungsbau und steht Menschen mit Wohnberechtigungsschein offen. Die Sozialbindung endet jedoch nach 30 Jahren. Rund 50 neue Sozialwohnungen sind wichtig – allein 2021 fielen in Spandau allerdings 1.214 Wohnungen aus der Sozialbindung. Das zeigt, wie groß der Handlungsbedarf ist.



Kein Aprilscherz: Debatte über Magnetschwebebahn

Zwischen der Urban Tech Republic und dem Bahnhof Spandau wird ernsthaft über eine Magnetschwebebahn diskutiert. Doch fehlen bislang konkrete Zahlen zu Kosten, Bauzeit und Nutzen. Die Linksfraktion setzt sich seit Jahren für eine Straßenbahn in Spandau ein: Sie ist erprobt, deutlich günstiger, schneller umsetzbar und kann wesentlich mehr Fahrgäste pro Stunde befördern. Magnetschwebebahnen erwiesen sich in der Vergangenheit oft als Milliardengräber. Dabei könnte es so einfach sein: eine Tram für Spandau.

Impressum

Spandauer Umschau,
Ausgabe 01/2026

Herausgeber:
Die Linke Bezirksverband Spandau
Pichelsdorfer Straße 138, 13595 Berlin
Tel.: (030) 36 43 74 71
www.die-linke-spandau.de
info@die-linke-spandau.de
fb.com/DieLinkeBerlinSpandau
instagram.com/dielinke.spandau
twitter.com/DieLinkeSpandau

V.i.S.d.P.: Ulrike Röbling
Redaktion: T. Wulfes, C. Vosswinkel
Gestaltung: R. Heeland
Redaktionsschluss: 25.03.26

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Spandau wieder bezahlbar machen



Der Mieten-Notstand ist längst auch in Spandau angekommen. Selbst bei uns am Rande der Stadt können sich viele Menschen ihre Miete kaum noch leisten. Währenddessen bandelt die Regierung im Roten Rathaus und besonders die CDU mit der Immobilienlobby an und versucht das Problem zu ignorieren.

Deswegen nehmen wir uns jetzt gemeinsam mit euch dem Mieten-Notstand an und beginnen mit konkreten Verbesserungen in eurem Alltag! Wir wehren uns gegen die Miet- und Heizkosten-Abzocke eurer Vermieter mit der Mietwucher-App und dem Heizkosten-Check. Außerdem schließen wir uns mit Mietinitiativen zusammen und organisieren Mieterversammlungen.

Und auch im Bezirksamt setzen wir uns ein: gemeinsam mit dem Runden Tisch Milieuschutz starten wir ein Bürgerbegehren und fordern, dass drei weitere Gebiete in Spandau zu Milieuschutzgebieten werden, um der Verdrängung der Menschen im Kiez wirksam entgegenzutreten!

In Spandau wohnen knapp 80% aller Haushalte zur Miete. Wenn wir uns zusammentun, können wir also wirklich etwas erreichen. Wir sind bereit uns mit euch gemeinsam gegen die Miet-Abzocke zu wehren, seid ihr dabei?

Thomas Wulfes und Ulrike Röbling und sind die neuen Sprecher:innen des Bezirksverbandes Die Linke Spandau

Nachverdichtung im Parkviertel in Gatow/Kladow

Kritik der Bürgerinitiative



Im Parkviertel: Früher hat die Anwohner:in hier täglich Schwalben beobachtet, seitdem hier gebaut wird herrscht Stille

Im Parkviertel Gatow/Kladow, gegenüber dem Krankenhaus Havelhöhe, hat eine weitere Phase der Nachverdichtung begonnen. Geplant sind rund 400 zusätzliche Wohneinheiten. Bereits in den vergangenen Jahren entstanden dort überwiegend Einfamilien-, Reihen- und Eigentumshäuser im hochpreisigen Segment. Nach Angaben der Bürgerinitiative Parkviertel liegen die Nettokaltmieten bei Neuvermietungen teils bei bis zu 25 Euro pro Quadratmeter.

Kritik äußert die Initiative vor allem an der unzureichenden verkehrlichen Erschließung. Das Quartier ist bislang nur über eine schmale Zufahrtsstraße und wenige Buslinien angebunden.

Vorallem die unzureichende verkehrliche Erschließung, fehlende Rettungswege und die Zerstörung der Natur im Parkviertel werden kritisiert

Mit mehreren hundert zusätzlichen Wohnungen sei eine deutliche Zunahme des Verkehrs absehbar. Eine weitere geplante Einfahrt gegenüber dem Krankenhaus stelle nach Einschätzung der Initiative keine ausreichende Entlastung dar, da sie sich mit Bus- und Rettungsverkehr überschneide.

Das Quartier ist bislang nur über eine schmale Zufahrtsstraße und wenige Buslinien angebunden. Auch der geplante Bau eines Parkhauses mit rund 200 Stellplätzen wird kritisch gesehen. Dieses soll in geringer Entfernung zu bestehenden Wohnhäusern errichtet werden, bei monatlichen Kosten von etwa 150 Euro pro Stellplatz. Viele Mieter:innen könnten sich diese nicht leisten. Zugleich verweist die Initiative auf Feuchtigkeitsprobleme und Rissbildungen in bestehenden Gebäuden. Der sandige Untergrund sei bereits jetzt problematisch, zusätzlicher Schwerlastverkehr könne die Situation weiter verschärfen.

Für Parkhaus, Tiefgarage und weitere Parkflächen müssten zahlreiche alte Laubbäume gefällt werden. Ersatzpflanzungen seien laut Grünflächenamt auf dem trockenen Boden nur eingeschränkt möglich. Zudem gingen Gemeinschaftsgärten und Lebensräume geschützter Vogelarten verloren. Die Bürgerinitiative fordert eine grundlegende Neubewertung der Planungen. Aus linker Perspektive bedeutet verantwortungsvolle Wohnungspolitik, Neubau sozial zu binden, Infrastruktur und Verkehr mitzudenken und ökologische Grenzen zu respektieren.

■ Elmas Wieczorek-Hahn
Co-Fraktionsvorsitzende

Spandau braucht die Tram

Das Rathaus Spandau ist der größte Busknotenpunkt Deutschlands. Menschen, die regelmäßig zu den Stoßzeiten mit dem Bus zur Schule oder von der Arbeit nach Hause fahren, brauchen keine Statistik, um das zu bestätigen.

Ganz besonders betroffen von überlasteten Bussen und vollgestopften Straßen sind die Neubaugebiete im Spandauer Norden. In der Wasserstadt wurde in den letzten Jahren unglaublich viel gebaut. Bis 2027 soll die Zahl neuer Wohnungen auf insgesamt 9.000 anwachsen. Die vielen Menschen, die diese Wohnungen bezogen haben, sind in ihrer Mobilität dabei vor allem aufs eigene Auto und auf zwei Buslinien angewiesen. Dabei sind die Buslinien jetzt schon regelmäßig völlig überfüllt und die Suche nach Parkplätzen gestaltet sich in den neuen Kiezen oft als Geduldsprobe.

Die Buslinien in den Neubaugebieten sind jetzt schon regelmäßig völlig überfüllt.

Auf der anliegenden Insel Gartenfeld und der Siemensstadt sollen bis 2035 nochmal 3.700 und 2.800 Wohnungen entstehen. Um ein ähnliches Verkehrschaos zu verhindern müssen jetzt Entscheidungen getroffen werden, die die Straßen, die Busfahrer:innen und die Pendler:innen entlasten.

Der Senat hat dafür eine Idee, die es so auch schon mal bei den Simpsons gab: eine Magnetschwebebahn. Genial. Wenn es schnelle Lösungen für ein offensichtliches Problem braucht, sollten wir unsere begrenzten Ressourcen für eine neue und kostspielige Technologie aufwenden.

Wir als Linke weisen schon seit Jahren auf die Probleme im ÖPNV in den Neubaugebieten hin. Anstatt Lösungen aus den Simpsons setzen wir uns ein für eine Tram, die die Neubaugebiete mit dem Rathaus und mit dem U-Bahnhof Rohrdamm verbindet. Eine Tram mit eigener Trasse kann fast 10 Mal so viele Personen pro Stunde befördern wie eine reine Autospur.

Eine Tram kann bis zu 10 Mal so viele Personen pro Stunde befördern wie eine reine Autospur.

Und selbst wenn die Tram sich die Spur mit Autos teilt, schafft sie ca. doppelt so viele Personen pro Stunde.

Von einem vernünftigen ÖPNV würden nicht nur die Menschen profitieren, die sich auch jetzt schon in die überfüllten Busse quetschen müssen, sondern auch die Menschen, die aufgrund ihrer Arbeit oder anderen Verpflichtungen aufs Auto angewiesen sind. Denn effizientere Transportmittel entlasten die Straßen und ermöglichen einen besseren Verkehrsfluss sowie weniger Staus und machen es auch einfacher, einen Parkplatz zu finden.

■ Thomas Wulfes

Die Tram ist auch ohne eigene Trasse sinnvoll

Immer wieder hört man aus den Reihen des Bezirksamtes, dass eine Tram die angespannte Verkehrssituation in Spandau nicht entlasten würde, weil sie die Straßen nur weiter zustopfen würde. Das ist falsch! Selbst wenn die Tram sich die Fahrbahn mit Autos teilt, würde sich die Verkehrssituation im Bezirk sichtlich verbessern.

 Pkw auf einer Fahrspur bei 1,44 Personen je Fahrzeug **~ 1.400–2.300** Personen/Stunde

  Straßenbahn im Mischverkehr **~ 3.400–4.600** Personen/Stunde

 mit eigener Trasse **~ 12.000–20.000** Personen/Stunde

Quelle: Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen e. V.: Hinweise zu Systemkosten von Busbahn und Straßenbahn bei Neueinführung, Köln (2008) / Richtlinien für die Anlage von Stadtstraßen (RASt)

Straßenbahn

+ Schnellste, pragmatischste und günstigste Lösung

+ konkret beschlossene Pläne des Senats

+ Anschluss an das Berliner Tram-Netz

Magnetschwebebahn

- Extrem teures Prestigeprojekt

- Jahrelange Planungs- und Bauzeiten

- Inbetriebnahme ungewiss

Interview mit der Adler Mieterinitiative

Was ist die Adler-Initiative und warum habt ihr euch gegründet?

Wir haben zahlreiche Mängel in unseren Wohnungen, unter anderem an Fahrstühlen und Eingangstüren. Deswegen haben wir die Adler-Initiative „Mieter für Mieter“ gegründet. Unsere Gehwege sind kaum noch begehbar, weil die Steinplatten gebrochen sind, zu hoch stehen und kippln. Wartungsarbeiten finden hier ebenfalls nicht statt.

Was sind die größten Probleme in der Siedlung?

Inhaltlich geht es um massive Wohnungsmängel: defekte Heizungen, Wasserrohrbrüche, undichte Fenster und Schimmel in den Wohnungen. Unsere Abluft im Bad, in der Küche und im Gäste-WC funktioniert bereits seit Juli letzten Jahres nicht mehr. Im Bad und im Gäste-WC haben wir keine Fenster, das ist in einigen Häusern der Fall. Hier droht uns Schimmel. Die Bauaufsicht hat davon Kenntnis. Adler versprach dem Bauaufsichtsamt, zwei Firmen zu schicken. Das war im letzten Jahr, passiert ist bis heute nichts.

Wie hat sich die Initiative zusammengefunden?

Ich habe Flyer verteilt und Mieterinnen und Mieter für eine Initiative geworben.

Was bringt es, sich als Mieter:innen zusammenzuschließen?

Wir können gemeinsam Druck auf Adler ausüben, da es hier nicht nur um Einzelfälle geht. Es betrifft sehr viele Mieter. Adler reagiert auf keine Anrufe, keine Mails und keine Post. Die Mieter werden im Stich gelassen, deshalb müssen wir gemeinsam mehr Druck ausüben, um unsere Ziele zu erreichen.

Welche weiteren Probleme verschärfen die Situation aktuell?

Ab diesem Jahr sind zwar noch Arbeiter beschäftigt, die zuvor den Winterdienst gemacht hatten, dafür gibt es nun aber eine neue Firma. Wir fürchten hier eine Doppelbelastung. Zudem arbeitet diese Firma sehr schlecht. Seit November letzten Jahres gab es keine Hausreinigung, diese gibt es erst wieder seit dem 13.01.26. Sie reinigt noch schlechter als die alte Reinigungsfirma. Aber auch die vorherige Firma arbeitete nicht gut.

Welche Schritte plant ihr als Initiative konkret?

Wir überlegen, einen kollektiven Widerspruch gegen die Betriebskosten einzulegen. Auch dabei brauchen wir Unterstützung, da wir davon ausgehen, dass falsche Abrechnungen getätigt werden.

Hinzu kommt, dass acht Einschreiben mit Rückschein an Adler verloren gegangen sind. Die Post kann uns nicht erklären, wo sie geblieben sind. Das Bauaufsichtsamt verlangte diese als Nachweis, sonst könne man nichts machen. Unsere gesetzten Fristen von 14 Tagen sind dadurch nicht mehr gewahrt. Ich habe das dem Bauaufsichtsamt mitgeteilt und auch, dass wir keine Einschreiben mit Rückschein mehr versenden werden.

Nun sollen wir zunächst Mails verschicken, die laut Herrn Schatz jedoch ebenfalls keine Nachweise sind und deshalb abgelehnt wurden. Auch hier fühlen wir uns auf verlorenem Posten. Es passiert nichts.



Wie können linke Parteien helfen, Mieter:innen zu organisieren und sie aktiv zu unterstützen?

Es ist teilweise sehr schwer, Mieter zu mobilisieren. Viele sagen, sie hätten keine Zeit, und auch die Angst vor Kündigung spielt eine große Rolle.

Wir als Mieterinitiative haben erneut Wohnungsmängel gesammelt und wollen diese Adler wieder persönlich übergeben. Das wäre aber nur mit der Presse und mit eurer Unterstützung möglich, damit Adler die Mängel – wie beim letzten Mal – tatsächlich abarbeitet. Die Unterstützung liegt auch darin, dass Mieter erkennen, dass man gemeinsam mit euch etwas bewegen kann.

■ Regina Lehmann



Mieter:innen bei einer Demonstration gegen Adler

Schwerpunkte für 2026

Unsere Arbeit in der BVV Spandau

Auch im Wahljahr geht die Kommunalpolitik weiter. Die Linke in der BVV Spandau hat sich deshalb schon anlässlich einer Klausurtagung vor Weihnachten mit den Arbeitsschwerpunkten für 2026 befasst.

Im Bereich Soziales geht es darum, die Träger sozialer Angebote abzusichern und auf Kostenentwicklungen auch bei den Löhnen vorbereitet zu sein. Ein weiteres Problem wird das Auslaufen des Quartiersmanagements in den kommenden zwei Jahren sein - was kommt danach? Und das Anwachsen von Kinder- und Altersarmut muss vorrangig gestoppt werden.

Die Angebote der Träger im sozialen Bereich müssen gesichert werden

Das Thema Gesundheit steht ebenfalls ganz oben auf der Liste: wichtig wären ein Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ) in der Altstadt und niedrigschwellige medizinische Angebote in Stadtteilzentren. Noch wichtiger ist der Ausbau der Kinder- und Jugendpsychiatrie wegen des ständig steigenden Bedarfs.

Bildung beginnt in der Kita. Deshalb sollte ein Abnehmen der Kinderzahl dazu genutzt werden, die Gruppengrößen in den Kitas - und später in den Schulen - zu senken.

Die Gruppengrößen in den Kitas und später in den Schulen sollte jetzt gesenkt werden

Gestärkt werden müssen Jugendsozialarbeit in den Schulen, Sprachförderung und Grundbildung zur Vermeidung von Analphabetismus.

Im Schwerpunkt »Bürgerbeteiligung und offene Verwaltung« sollen neue Beteiligungsformen und engere Kontakte zwischen Kommunalpolitik und Bürgerschaft dafür sorgen, dass die Bezirksverordnetenversammlung zum Zentrum aller Bürgeraktivitäten wird - durch die Öffnung der Ausschussarbeit und mehr Initiativen wie z.B. der Runde Tisch Milieuschutz.

Du hast Themen für Spandau? Melde dich bei uns!

Die Schaukel auf dem Spielplatz ist kaputt? Autos blockieren ständig den Gehweg? Du vermutest, dass die Ferien-Wohnungen in deiner Straße nicht gemeldet sind? Egal ob es um steigende Mieten, fehlende Barrierefreiheit oder deine Zukunftsvision für Spandau geht, wir hören zu und nehmen deine Anliegen mit ins Rathaus.

✉ kontakt@linksfraktion-spandau.de

☎ (030) 90279 2224

Montags ab 12 Uhr, mittwochs 13-15 Uhr

🕒 Mittwoch 13-15 Uhr

📍 Rathaus Spandau, Raum 1214a

2. OG im Nebengebäude

📧 linksfraktion_spandau

📘 LinksfraktionSpandau



Oder du reichst Dein Anliegen ganz bequem mit unserem neuem Online-Formular ein.



← Jetzt scannen und Dein Anliegen einreichen!

Dein Thema ins Rathaus bringen!



Zwischen Fortschritt und Blockade

In den vergangenen Monaten zeigte sich in der BVV Spandau einmal mehr, wie groß die Kluft zwischen engagierter Oppositionsarbeit und der politischen Realitätsverweigerung der schwarz-grünen Zählgemeinschaft ist. Statt zu gestalten, verwaltet sie den Stillstand - satt, bequem und ohne erkennbare Ambition.

Besonders schmerzhaft wurde das beim Umgang mit unserer Initiative zur Ehrung der Antifaschistin Minna Villain. Nachdem CDU und Grüne unseren Antrag zur Umbenennung der Carossastraße erst verschleppt, dann politisch gekapert und schließlich zugunsten der Elisa-Gérard-Straße beiseitegeschoben hatten, folgte der nächste Tiefpunkt: Die Zählgemeinschaft verweigerte eine verbindliche Festlegung Minna Villain bei Straßenbenennungen vorrangig zu berücksichtigen. Unser Antrag wurde schlicht für „erledigt“ erklärt - ein politischer Taschenspielertrick, um Verantwortung zu vermeiden.

Das ist respektlos gegenüber antifaschistischen Widerstandskämpfer:innen, die für ihren Mut mit Verfolgung, Haft und Tod bezahlt haben.

Das ist keine Erinnerungspolitik, das ist Wegdücken. Dieses Vorgehen ist respektlos gegenüber antifaschistischen Widerstandskämpfer:innen, die für ihren Mut mit Verfolgung, Haft und Tod bezahlt haben.

Es zeigt, wie wenig Verlässlichkeit diese Zählgemeinschaft besitzt, wenn es unbequem wird oder eine klare Haltung gefragt ist. Wer sich bei der Würdigung von Opfern des Faschismus nicht festlegen will, legt sich faktisch fest - und zwar gegen eine konsequente antifaschistische Erinnerungskultur im Bezirk.

Dass es auch anders geht, beweist dagegen eine Spandauer Schule: Die Umbenennung des bisherigen Hans-Carossa-Gymnasiums in Margot-Friedländer-Gymnasium ist ein starkes und richtiges Signal.

Das Gymnasium wird nach der Holocaust-Überlebenden Margot Friedländer benannt

Während die Bezirkspolitik laviert, zeigt die Schulgemeinschaft Haltung. Dazu gratulieren wir ausdrücklich.

Ähnlich ambitionslos wie bei Minna Villain agiert das Bezirksamt bei der Verkehrsplanung rund um die neue Grundschule am Wiesen- und Weidenweg. Trotz massiver Hinweise der Anwohnerinitiative und eindeutiger Risiken für die kommenden Schulkinder bleibt es bei halbherzigen Minimalmaßnahmen.

Bezirksstadtrat Thorsten Schatz (CDU) bestätigte im Bauausschuss, was viele längst befürchteten: Das Bezirksamt begnügt sich auf Kosten der Sicherheit von Kindern und der Lebensqualität im Kiez mit dem kleinsten gemeinsamen Nenner. Der Staakener Stadtkern wird nicht verkehrsberuhigt. Sichere Schulwege bleiben ein Versprechen ohne Substanz.

Ein seltener Lichtblick ist dagegen ein Erfolg, den wir uns über Jahre hart erarbeiten mussten: Die Schulgesundheitsfachkraft kommt nun doch nach Spandau.

Nach jahrelangen Bemühungen unserer Fraktion kommt die Schulgesundheitsfachkraft nun doch nach Spandau

Nachdem das Projekt mehrfach ausgebremst und faktisch eingefroren worden war, startet an der Siegerland-Grundschule im Falkenhagener Feld im Schuljahr 2026/2027 ein Pilotprojekt. Das ist kein Geschenk des Bezirksamts, sondern das Ergebnis konsequenter linker Oppositionsarbeit, insbesondere durch Sabine, unsere Vorsitzende im Sozialausschuss. Klar ist: Ein Pilot reicht nicht. Dieses tolle Projekt gehört dauerhaft an alle Schulen.

■ Lars Leschewitz
Co-Fraktionsvorsitzender

Reden wir doch mal über Zahlen

Seit November 2021 bin ich Rentnerin, mein letztes Gehalt betrug netto 2795,90 €, meine erste Rente belief sich auf 1140,25 €, was etwa 40% meines letzten Gehalts entsprach. Merkt Ihr den Fehler? Richtig, die Rente liegt nicht bei „stabilen“ 48% des letzten Gehaltes, sondern hierfür wird der theoretische Durchschnittswert von 45 Beitragsjahren zugrunde gelegt. Wen wundert es also, dass mein Mann mit seinen fast fitten 70 Lebensjahren fleißig weiterarbeitet, denn seine Rente gleicht einem einzigen Desaster? So kommen wir über die Runden. Faule arbeitsscheue Rentner:innen eben, wa Friedrich?

Schauen wir uns jetzt mal die Miete an. Ich lebe mit meinem Mann in einer 66qm großen Wohnung im Bauhausstil mit kleinem Denkmalschutz. Mein Mietvertrag ist über 20 Jahre alt und somit zahle ich eine moderate Kaltmiete, die dennoch 39% meines Einkommens schluckt. Mit den Nebenkosten frisst das Wohnen 52%, wie gesagt moderat und wir kommen über die Runden. In unserem Wohngebiet sieht es allerdings anders aus. Es gehört zu den ärmsten Kiezen des Bezirkes. Wer hier eine Wohnung hat, ist so gar nicht sicher, dass alles seinen korrekten Gang geht. Der Heizkostencheck von Die Linke und des AMV e.V. zeigte, dass die Mieter:innen ordentlich abgezockt wurden. Das Ganze schreit natürlich nach Wiederholung, weil es nötig ist. Und wir sind dran! Jetzt leben wir in der Hoffnung, in den Millieuschutz zu kommen. Laut Gutachten ist die Voraussetzung gegeben und die Empfehlung war, dies auch umzusetzen.

Unser Heizkostencheck zeigte, dass die Mieter:innen ordentlich abgezockt wurden

Wäre da nicht der zuständige Baustadtrat Torsten Schatz. „Gib den Leuten Stresow als Millieuschutzgebiet, so als Zuckerl, dann wird das schon, sie vergessen dann die anderen Gebiete“. Ernsthaft? Muss ich mir das so vorstellen? Ich träume schon lange davon, dass die Verdrängung in die Außenbezirke aufhört, dass Mietwucher und Leerstand endlich konsequent geahndet werden und dass die Schlauberger bei der Planung von Wohnungsbaugebieten die nötige Infrastruktur berücksichtigen.

Darüber könnte ich mich stundenlang auslassen. Ist so ein bisschen wie ein Kampf gegen Windmühlen oder so.

Ich träume schon lange davon, dass die Verdrängung in die Außenbezirke aufhört und Mietwucher und Leerstand endlich konsequent geahndet werden

Aber da gibt es noch etwas, das sträflich vernachlässigt wurde, der Wohnungstausch. Beim Besuch von Einrichtungen und Veranstaltungen wurde mir dies mit auf den Weg gegeben. Einige ältere Menschen wohnen allein in großen Wohnungen, weil sich ihre Familiensituation im Laufe der Jahre verändert hat. Sie würden gern in kleinere Wohnungen ziehen, die sie besser versorgen könnten. Ich habe das mal angesprochen und wurde gleich abgewimmelt. Da hing ein Zopf dran wie mögliche Tauschpartner innerhalb einer Wohnungsbaugesellschaft zu finden bis hin zur Unterstützung beim Umzug.

Das größere Problem sei jedoch, dass längere Wohnzeiten eben günstigere Mietverträge ausmachen und ein alleinstehender älterer Mensch kaum mehr für eine kleinere Wohnung bezahlen möchte oder kann, wie es der Wohnungsmarkt derzeit nun mal hergibt. Hier wären ein guter Wille und Engagement dringend vonnöten. Lapidare Antwort: „keine Ressourcen, kein Personal vorhanden“, kurzum kein Interesse. Wer arbeitet denn da zu wenig, Friedrich? Wir nicht!

■ Sabine Knepel



Sabine Knepel ist sozialpolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke und Vorsitzende des Sozialausschusses in der BVV Spandau.

Gemeinsam Kommunalpolitik machen!

Reiche jetzt dein Anliegen ein

1. QR-Code scannen
2. Gratis-Heft erhalten
3. Anliegen einreichen



Dein Anliegen im Mittelpunkt



Ja zum Bürgerbegehren Milieuschutz

Steigende Mieten, Modernisierungsankündigung, neue Eigentümer*innen - was in vielen Berliner Bezirken bereits Alltag ist, ist inzwischen auch in Spandau spürbar. Die Sorge um Mieterhöhungen und die Frage, wie lange man sich die Wohnung noch leisten kann, bringt immer mehr Nachbarschaften unter Druck. Aus dieser Entwicklung heraus hat sich ein breites Bündnis gebildet: Gemeinsam mit Initiativen, engagierten Anwohnerinnen und Anwohnern sowie Vertreterinnen und Vertretern verschiedener Parteien

wurde der Runde Tisch Milieuschutz ins Leben gerufen. Ziel ist es, frühzeitig gegenzusteuern und Instrumente zu nutzen, die Verdrängung verhindern können.

Am 2. März fiel nun der offizielle Startschuss für das zweite Bürgerbegehren in der Geschichte Spandaus. Ein Schritt, der deutlich macht: Viele Menschen im Bezirk wollen die Entwicklung ihrer Kieze nicht allein dem Markt überlassen, sondern selbst aktiv werden.

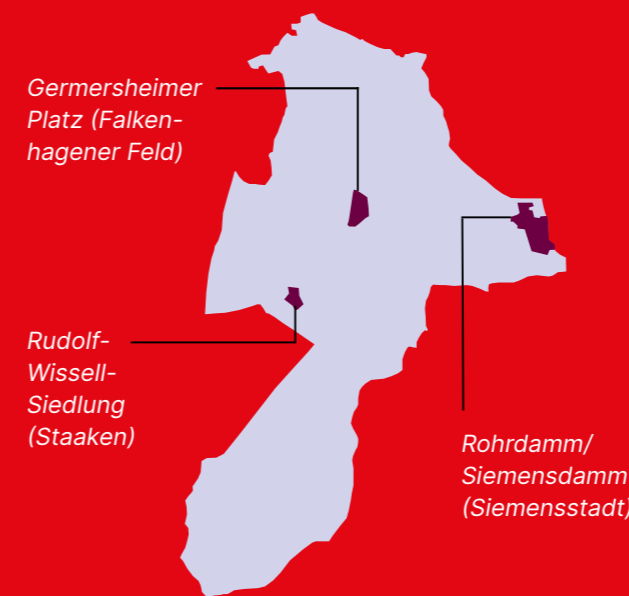


Worum geht's beim Bürgerbegehren?

Der Runde Tisch Milieuschutz fordert, dass für die Gebiete Siemensstadt, Germersheimer Platz und Rudolf-Wissell-Siedlung eine Milieuschutzverordnung (soziale Erhaltungsverordnung) erlassen wird.

Warum jetzt?

2024 hat das Bezirksamt ein Gutachten in Auftrag gegeben, um vier neue Milieuschutzgebiete (Siemensstadt, Rudolf-Wissell-Siedlung, Stresow, Germersheimer Platz) für Spandau zu überprüfen. Für alle vier Gebiete wurde ein hoher Verdrängungsdruck und starkes Aufwertungs potenzial festgestellt und Milieuschutz empfohlen. Umgesetzt wurde das bislang nur im Stresow. Deshalb wollen wir mit dem Bürgerbegehren die Politik zum Handeln bringen!



Es geht darum gewachsene Nachbarschaften vor Verdrängung zu schützen. Denn ein Kiez wächst nicht über Nacht, sondern über Jahrzehnte. Familien haben hier ihre Kinder großgezogen und bringen sie morgens zur Kita oder zur Schule. Sie gehen seit Jahren zur gleichen Hausarztpraxis zwei Häuser weiter und holen abends noch schnell das Nötigste im Supermarkt um die Ecke. Diese kurzen Wege und umfangreiche Infrastruktur machen das Leben hier praktisch und lebenswert.

Das Problem

Durch Luxusmodernisierungen steigen die Mieten im Kiez, Mietwohnungen werden in Eigentumswohnungen umgewandelt und als Spekulationsobjekte verkauft. Am Ende können langjährige Nachbar:innen sich die Miete nicht mehr leisten und müssen wegziehen.

Um das zu verhindern, kann das Bezirksamt bestimmte Gebiete zu Milieuschutzgebieten erklären. Ziel ist es, die Zusammensetzung der Wohnbevölkerung zu schützen und Verdrängung zu verhindern.

In einem Milieuschutzgebiet müssen viele Maßnahmen, die Mieten in die Höhe treiben könnten, vom Bezirksamt genehmigt werden. Dazu zählen z. B. teure Modernisierungen, Umbaumaßnahmen, die Wohnungen größer/teurer machen, die Umnutzung von Wohnungen zu Gewerbe, die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen, sowie

Darum Milieuschutz:

1. Deine Miete bleibt bezahlbar.
2. Deine Nachbarschaft bleibt vielfältig.
3. Du kannst da wohnen bleiben, wo dein Zuhause ist.

So kannst du helfen:

Wir wollen vor den Sommerferien 8000 Unterschriften sammeln, damit am Ende 5300 gültige zusammenkommen. Du kannst mithelfen und möchtest selbst Unterschriften sammeln? Du besitzt eine Späti, eine Bäckerei oder kennst jemanden der die Unterschriftenliste auslegen würde? Super! Jede Unterschrift bringt uns näher ans Ziel!



Infostand zum Bürgerbegehren auf dem Marktplatz

Scanne den QR-Code, druck die Unterschriftenliste aus und schicke sie an: Pichelsdorfer Straße 138, 13595 Berlin





Leerstand: Jetzt melden!

Die Kinder für das Studium frisch ausgezogen und die Wohnung jetzt eigentlich zu groß? Den neuen Menschen gefunden, mit dem man jetzt gerne zusammenziehen würde? Oder den neuen Job bekommen und kein Interesse daran 2,5 Stunden am Tag zu pendeln?

Klar, eine neue Wohnung muss her, die besser passt. Aber egal wo man schaut, es ist einfach nichts frei und erst recht nicht bezahlbar. Dabei stehen doch die zwei Häuser die Straße runter schon seit Jahren leer oder das Bürogebäude 4 Busstationen weiter.

In Berlin gibt es 40.500 leerstehende Wohnungen und über eine Million Quadratmeter leerstehende Büroflächen

Kein Einzelfall, wenn man in die Statistik schaut; 40.500 leerstehende Wohnungen und über eine Million Quadratmeter leerstehende Bürofläche in ganz Berlin. Aber was steckt dahinter? Große Bauunternehmen, aber vor allem Investmentfirmen kaufen gezielt Bauland in bereits angespannten Räumen, um diese zu einem späteren Zeitpunkt, nachdem die Preise durch die künstliche

Verknappung erneut gestiegen sind, gewinnbringend zu verkaufen. Dabei ist diese Spekulation mit Leerstand illegal, jedoch wird dieses Verbot nicht effektiv durchgesetzt.

Spekulation mit Leerstand ist illegal, jedoch wird dieses Verbot nicht effektiv durchgesetzt.

Wir fordern deshalb eine Verschärfung des Zweckentfremdungsverbots und eine konsequente Anwendung dieses Verbotes durch die Bezirke. Ebenso gehört das Spandauer Bauland in gesellschaftliche Hand, denn Wohnen ist ein Menschenrecht und darf nicht den Spekulationen des kapitalistischen Systems unterworfen werden.

Damit wir diesen Leerstand aktiv bekämpfen können, benötigen wir allerdings Hilfe, haltet aktiv die Augen offen und meldet Leerstand an:
leerstand@dielinke.berlin

■ Ben Huster



Jetzt Leerstand melden
Leerstand ist illegal! Du weißt wo bei dir im Kiez Wohnungen leer stehen. Dann schreib uns jetzt eine email an:
leerstand@dielinke.berlin



Illegale Airbnbs statt günstiger Wohnraum?

Ist dir beim Spaziergang durch deine Nachbarschaft auch schonmal ein kleiner schwarzgrauer Kasten neben einem Wohnungseingang aufgefallen? Oder gut versteckt an einem Kellerfenster? Das könnte ein Zeichen sein, dass hier Wohnungen illegal an Touristen vermietet werden.

Nach Schätzungen des Senats passiert das in Berlin mit mindestens 10.000 Wohnungen. Auf Plattformen wie Airbnb hat diese Zweckentfremdung System.

Nach Schätzungen des Senats werden in Berlin mindestens 10.000 Wohnungen illegal an Touristen vermietet.

Die ursprüngliche Idee von Airbnb war es, eine Alternative zum Hotelurlaub zu sein. Statt in einem Hotel sollte man in einer normalen Wohnung unterkommen können, zum Beispiel, während die Bewohner:innen gerade selber im Urlaub sind. Die Realität sieht allerdings oft anders aus: Während junge Menschen es sich nicht leisten können, zuhause auszuziehen, werden leerstehende Zimmer nicht als günstige WG-Zimmer vermietet, sondern teuer auf Airbnb angeboten. Während Familien keine bezahlbaren Wohnungen finden, kaufen sogenannte Superhosts Wohnraum auf, um ihn dann kommerziell als Ferienwohnung anzubieten.

Während junge Menschen es sich nicht leisten können, zuhause auszuziehen, werden leerstehende Zimmer teuer auf Airbnb angeboten.

Spaniens Regierung geht bereits konsequent gegen illegale Airbnbs vor. In Berlin lässt die Gesetzgebung dagegen noch zu wünschen übrig. Der schwarz-roten Landesregierung fehlt hier strikt der politische Wille konsequent gegen Zweckentfremdung vorzugehen. Also mach doch bei deinem nächsten Spaziergang durch deine Nachbarschaft ruhig mal die Augen auf. Vielleicht entdeckst ja auch du die ein oder andere illegale Ferienwohnung.

■ Marisa Breßler

Habt ihr solche Schlüsselkästen schon in eurer Nachbarschaft gesehen? Vielleicht handelt es sich hier um Wohnungen, die illegal an Tourist:innen vermietet werden!

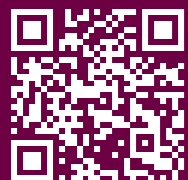
Was genau ist Mietwucher?

Wird die ortsübliche Vergleichsmiete um mehr als 20% überschritten und nutzt dein Vermieter eine Mangellage auf dem Wohnungsmarkt aus, handelt es sich vermutlich um eine unzulässige Mietpreisüberhöhung. Dies stellt eine Ordnungswidrigkeit dar. Bußgelder wegen Mietpreisüberhöhung kommen in der Praxis vor, nur wird Mietpreisüberhöhung zu selten geahndet.

Wird die ortsübliche Vergleichsmiete gar um mehr als 50% überschritten, handelt es sich vermutlich um Mietwucher und damit um eine Straftat. Für besonders dreiste Fälle von Mietwucher sieht das Gesetz sogar eine Freiheitsstrafe vor. Uns sind aber keine Fälle bekannt, wo Gerichte Gefängnisstrafen ausgesprochen hätten.

Wie erkenne ich, ob meine Miete Wucher ist?

Nutze ganz einfach unseren Mietwucher-Rechner:



Bringe ich mich in Schwierigkeiten?

Viele Menschen hält die Sorge vor Streit mit dem Vermieter oder vor dem Verlust ihrer Wohnung davon ab, gegen ihre überhöhte Miete vorzugehen. Bei der Meldung eines Verdachts auf Mietwucher musst Du jedoch rechtlich nicht selbst gegen deinen Vermieter vorgehen.

Im Gegensatz zu einer Auseinandersetzung zur Absenkung deiner Miete mit der Mietpreisbremse oder der Abwehr einer Mieterhöhung übernimmt das in diesem Fall das Wohnungsamt deiner Stadt. Im weiteren Verfahren wirst Du mitarbeiten müssen, trittst aber nur als Zeugin bzw. Zeuge auf.

Mietwucher: 350€ weniger Miete im Monat

Ende 2024 zogen wir nach Spandau. Die Wohnungssuche war schwierig und wir waren froh, überhaupt eine Wohnung gefunden zu haben. Die Miete war hoch, die Ausstattung modern, sodass der Preis für uns zunächst gerechtfertigt erschien.

Erst mithilfe der Mietwucher-App der Linken stellten wir fest, dass die Miete deutlich über dem Mietspiegel für Hakenfelde lag. Daraufhin traten wir dem Mieterverein bei und prüften gemeinsam, ob Preisunterschiede durch Ausstattung oder Zustand erklärbar waren – sie waren es nicht.

Zunächst versuchten wir, die Angelegenheit persönlich mit den Vermietern zu klären. Als dies scheiterte, reichte der Mieterverein eine schriftliche Rüge ein. Unsere Rechtsberaterin begleitete uns eng, erklärte die finanziellen Risiken eines möglichen Gerichtsverfahrens und bezog dabei auch unsere Erfolgsaussichten ein. Wir konnten zudem aktiv mitentscheiden, wie das Schreiben formuliert werden sollte.

Schließlich lenkten die Vermieter ein. Zwar bewerteten sie einzelne Merkmale höher als wir, sodass die Rückzahlung etwas geringer ausfiel, doch wir stimmten zu. Die Miete wurde rückwirkend gesenkt, auch die Kaution neu berechnet. Heute zahlen wir monatlich 350 Euro weniger.

+20%
Wird die ortsübliche Vergleichsmiete um mehr als 20% überschritten und nutzt dein Vermieter eine Mangellage auf dem Wohnungsmarkt aus, handelt es sich vermutlich um eine unzulässige Mietpreisüberhöhung

Mach den Heizkosten-check

Ich sitze hier bei minus 9 Grad und meine Heizungen in der Wohnung laufen, damit meine Katzen und ich es warm haben. Während ich bei einer Tasse Kaffee mein Homeoffice bestreite, beschäftigt mich ein Gedanke: Was wird mich das am Ende kosten?

Steigende Heizkosten sind längst keine Ausnahme mehr und betreffen uns alle. Aber kann ich mir sicher sein, dass mein Vermieter korrekt abrechnet? Dreiste Vermieter gibt es wie Sand am Meer – warum sollte meiner eine Ausnahme sein? Oft trauen sich Mieter:innen nicht, sich gegen die Mietenmafia zu wehren, weil sie befürchten, ihre Wohnung zu verlieren oder eine Mieterhöhung zu bekommen. Eine neue Wohnung möchte aktuell in Berlin niemand suchen müssen – bei dem angespannten Wohnungsmarkt.

Und seien wir ehrlich: Wer kennt sich schon wirklich mit Heiz- und Nebenkosten aus und weiß, ob alles korrekt abgerechnet wurde? Ich persönlich nicht. Deshalb war ich sehr froh nach meiner letzten Abrechnung, dass ich meine Heiz- und Warmwasserkosten prüfen lassen konnte. Genau hier setzt der Heizkostencheck der Linken an. Seit Ende 2024 können Mieter:innen kostenlos ihre Heizkostenabrechnung über die Webseite heizkostencheck.app prüfen lassen – denn jede vierte Rechnung ist fehlerhaft.

Seit Ende 2024 können Mieter:innen kostenlos ihre Heizkostenabrechnung von der Linken überprüfen lassen

Über 10.000 Mieter:innen haben dieses Angebot bereits genutzt. Das ist wichtig, denn gesetzlich haben Mieter:innen ein Recht darauf, dass ihre Heiz- und Warmwasserkosten korrekt nach tatsächlichem Verbrauch abgerechnet werden. Fehlen vorgeschriebene Wärmemengenzähler oder werden falsche Umlageverfahren genutzt, können Betroffene pauschal bis zu 15 % der Heiz- und Warmwasserkosten zurückfordern. In vielen Fällen sind das dreistellige Beträge, die am Ende des Monats spürbar helfen.

Bis zu 15 % der Heiz- und Warmwasserkosten können Mieter:innen pauschal zurückfordern

Beim Heizkostencheck bekommt man nicht nur eine Prüfung, sondern auch vorbereitete Widersprüche, mit denen man seine Ansprüche gegenüber dem Vermieter geltend machen kann. Das macht es für viele einfacher, sich gegen falsche Abrechnungen zu wehren, ohne gleich einen Anwalt oder eine teure Mietberatung in Anspruch nehmen zu müssen. Wichtig ist auch: Ein Widerspruch darf nicht zu einer Kündigung führen.

Auch hier in Spandau versuchen Vermieter, Mieter:innen das Geld aus der Tasche zu ziehen, zum Beispiel rund um den Brauereihof. Deshalb haben wir am Montag, den 10. November, eine Mieter:innenversammlung in der Spandauer Neustadt organisiert. Dabei haben wir rund 450 Wohnungen am Brauereihof und in der Umgebung gefunden, in denen die Heizkosten falsch abgerechnet wurden – ein klarer Fall systematischer Abzocke durch Vonovia/Deutsche Wohnen.

Gemeinsam mit Elif Eralp (unsere Kandidatin für das Amt der Regierenden Bürgermeisterin), Niklas Schenker (MdA) und Marcel Eupen (Volljurist) haben wir zahlreiche Abrechnungen geprüft. Das Ergebnis war eindeutig: Alle lagen falsch.

Insgesamt handelt es sich um mehrere zehntausend Euro, die Vonovia/Deutsche Wohnen zu viel kassiert hat. Dieses Beispiel zeigt: Hohe Heizkosten sind kein Naturgesetz – oft sind sie das Ergebnis von Intransparenz, Nachlässigkeit oder knallhartem Profitinteresse großer Wohnungskonzerne. Genau deshalb ist es so wichtig, dass Mieter:innen ihre Rechte kennen und nutzen.



Mieter:innenversammlung in der Neustadt

Niemand muss falsche Abrechnungen einfach schlucken, nur weil Vermieter auf Einschüchterung oder Unwissen setzen. Als Linke Spandau stehen wir an der Seite der Mieter:innen – ganz konkret, praktisch und vor Ort mit unseren Hilfsangeboten und mit politischem Druck gegen Konzerne wie Vonovia und Deutsche Wohnen. Wohnen ist ein Grundrecht und kein Geschäftsmodell auf dem Rücken der Menschen. Deshalb gilt: Heizkostenabrechnung prüfen, Geld zurückholen und sich gemeinsam wehren. Denn je mehr Mieter:innen ihre Rechte einfordern, desto schwieriger wird es für die Mietenmafia, weiter ungestört abzuzocken.

■ Ulrike Röbling



Scanne den QR-Code und schick uns deine Abrechnung!

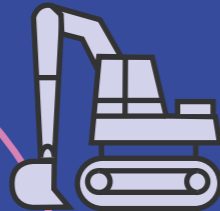
Wir prüfen kostenlos und vertraulich. Wir schauen nach, ob du 15 % zurückerhalten kannst und melden uns dann bei dir!

Finde heraus, welcher Bürgerbeteiligungstyp du bist

Du weißt, was dein Kiez braucht?

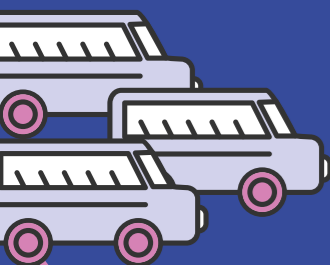
Die Baustelle um die Ecke hätte seit Monaten fertig sein müssen. Was jetzt?

- A** Ich ignoriere das gekonnt weg.
- B** Ich klingel bei meinen Nachbar:innen. Zusammen können wir mehr Druck machen.
- C** Ich denke mir, dass dringend mehr Geld in Spandaus Infrastruktur fließen muss.
- D** Ich dokumentiere die Baustelle (Datum/Fotos) und reiche Beschwerde ein.



Der Gehweg vor deiner Haustür ist wieder zugeparkt und Kinderwagen und Rollstuhlfahrer:innen kommen nicht durch. Was machst Du jetzt?

- A** Ich quetsche mich genervt durch.
- B** Ich hinterlasse wütende Nachrichten bei den ganzen Falschparker:innen.
- C** Ich denke mir, dass das Ordnungsamt mehr Mitarbeitende braucht!
- D** Ich fotografiere die Autos und lade die Fotos in der App vom Ordnungsamt hoch.



In deinem Kiez wird ein beliebter Jugendtreff geschlossen. Was denkst du?

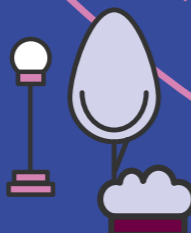
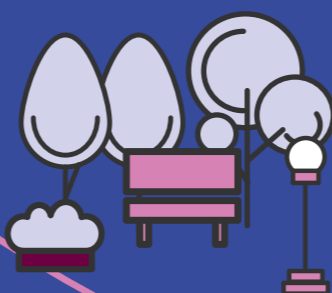
- A** Da muss sich irgendwer drum kümmern!
- B** Ich gehe meine Kontakte auf dem Handy durch. Wir machen das groß!
- C** Ich überlege, wo wir Geld herkriegen, um das zu verhindern.
- D** Das kann doch nicht legal sein. Ich will, dass das geprüft wird!

Deine Nachbar:innen erzählen, dass eine Modernisierung in ihrer Wohnung angekündigt wurde und sich dadurch die Mieten erhöhen. Was tust du?

- A** Naja, kann man halt nichts machen. Die Mieten sind überall hoch.
- B** Ich überprüfe, ob wir in einem Milieuschutzgebiet wohnen und frage beim Bezirksamt nach, ob die Modernisierung genehmigt wurde.
- C** Ich erkundige mich nach der ortsüblichen Vergleichsmiete.
- D** Ich schreibe der Hausverwaltung einen wütenden Brief.

Du freust dich, Tischtennis im Park zu spielen, aber die Platte wurde zerstört. Was jetzt?

- A** Ich gehe wieder nach Hause.
- B** Ich poste ein wütendes Video darüber und hoffe, dass es viral geht.
- C** Ich schaue online nach, wo man Fördergelder für Spielplätze beantragen kann.
- D** Ich gehe zur Sprechstunde der Fraktion Die Linke ins Rathaus und beschwere mich.



Auswertung

Welchen Buchstaben hast du am häufigsten ausgewählt a,b,c oder d? Zähle zusammen und finde heraus, welcher Bürgerbeteiligungstyp du bist!

(A) Der Entspannte-Typ

Politik findest du wichtig, aber um die Umsetzung sollen sich andere kümmern.



♡ Perfect Match ♡: Online Anliegen einreichen

Du hast keine Zeit, um dich selbst drum zu kümmern? Verstehen wir voll. Reich dein Anliegen ganz einfach online ein. (Den QR-Code dazu findest du auf S.8) Wir kümmern uns um den Rest!

(B) Der Aktivist:innen-Typ

Du machst das Thema groß und zwingst die Politik sich damit zu beschäftigen.



♡ Dein Perfect Match ♡: Einwohnerantrag

Anwohner:innen können ein Thema zwingend auf die Tagesordnung setzen. Es braucht dafür mindestens 1000 Unterschriften von Spandauer:innen, einen klar formulierten Antrag und bis zu drei Kontaktpersonen. Der Einwohnerantrag geht wie ein normaler Antrag durch die Gremien (Ausschuss/BVV) und kann angenommen oder abgelehnt werden.

(C) Der Geld-Typ

Du weißt, dass ohne Geld in der Kommunalpolitik garnichts läuft!



♡ Dein Perfect Match ♡ : Bürgerhaushalt & Sondermittel

Im Bezirk können Mittel für Projekte im Kiez beantragt bzw. priorisiert werden (Bürgerhaushalt, Sondermittel der BVV). Frag uns – wir zeigen dir Wege und Fristen.

(D) Der Beschwerde-Typ

Du siehst die Probleme in deinem Kiez und lässt das andere auch gerne wissen!



♡ Dein Perfect Match ♡ : Ausschuss Eingabe und Beschwerden

An den Ausschuss können sich alle Spandauer:innen wenden, wenn man mit einer Entscheidung oder einem Verhalten der Bezirksverwaltung nicht einverstanden ist. Der Ausschuss prüft das dann und kann dich anhören.

Freie Geister

Ursula K. Le Guin



Ursula K. Le Guin gilt nicht ohne Grund als die revolutionärste Autorin des SciFi-Genres. Wer ihr Buch „Freie Geister“ aus dem Jahr 1974 liest, versteht endlich den Kult um sie und ihre träumerisch realistischen Zukunftsvisionen. Das Buch – in einer anderen deutschen Übersetzung unter dem Titel „Planet der Habenichtse“ erschienen – ist zu gleichen Teilen politische Theorie, Star-Trek-Episode und Liebesroman. Le Guin zeichnet eine zwiespältige Utopie auf dem Planeten Anarres, den wir durch die Augen und die Lebensgeschichte des Temporalphysikers Shevek kennenlernen. Die besitzlose, anarchistische Gesellschaft der sogenannten „Odonier“ ist kein Paradies, sondern eine ehrliche, nahbare Möglichkeit.

„Wenn wir uns hier Glück wünschen, sagen wir: Ich hoffe, du wirst auf Anarres wiedergeboren.“ erzählt ein Charakter auf dem Nachbarplaneten unserem Hauptcharakter. Denn die besitzlose Gesellschaft ist, trotz all ihrem Mangel und Verfehlungen, ein Versprechen einer Hoffnung auf eine bessere Welt für die Menschen aller Planeten. Und obwohl sich die Handlung des Buches über verschiedene Planeten erstreckt, fühlen sich die Leser:innen stets nah verbunden mit den Charakteren – wir sind dabei, bei Sheveks Ehe, seinen wissenschaftlichen Schreibblockaden und nächtlichen Gesprächen über den Sinn des Lebens am Lagerfeuer in seiner Jugend. Obwohl Le Guin ihre Charaktere immer wieder über die Beschaffenheit ihrer Welten referieren lässt und große politische Fragen über Arbeit, Gemeinschaft, Mauern und Freiheit stellt, verliert sie nie den Fokus auf den einzelnen Menschen.

„Jeder für sich, allein, mit einem Haufen von dem, was er besitzt. Ihr lebt im Gefängnis, ihr sterbt im Gefängnis. Das ist alles, was ich in euren Augen sehen kann – die Mauer, die Mauer!“

Sie macht die Wirkung von gesellschaftlicher Veränderung im Detail sichtbar – in der Sprache, der Psyche und dem Sexuellen. Zusammengehalten wird der Roman von Themen der Zeitlichkeit und der Heimkehr. „Wahres Reisen heißt Heimkehren“ erinnert Shevek uns immer wieder. Le Guin gibt in diesem Buch keine Antworten, die Zweifler überzeugen könnten, sondern sie stellt Fragen, die selbst über 50 Jahre nach Erscheinungsdatum nicht nur zeitlos, sondern aktueller denn je sind.

Besonders in Zeiten wie heute, in denen wir als Linke damit beschäftigt sind den Status quo zu verteidigen und sozialstaatliche Errungenschaften von gestern zu erhalten, ist es umso wichtiger, Visionen einer Welt zu haben, die besser ist als unsere. Eine Utopie, die uns dazu motiviert, das Elend abzuschaffen, statt es nur mitzuverwalten. Jede*r sollte „Freie Geister“ lesen, besonders diejenigen, denen es gerade schwer fällt sich eine bessere Welt und ein gutes Leben vorzustellen.



Aktiventreffen Machen



Aktiventreffen Lernen

Neue Formate für unser Aktiventreffen




Unsere Aktiventreffen für Mitglieder und Interessierte jeden 1. und 3. Dienstag!
Komm doch mal vorbei.

Jeden 1. Dienstag im Monat heißt es: Ideen schmieden, Aktionen planen und gemeinsam aktiv werden. Was braucht Spandau? Was wollen wir verändern? Hier wird's konkret!




Jeden 3. Dienstag im Monat nehmen wir uns Zeit für politische Bildung, spannende Diskussionen und gemeinsames Lernen. Zusammen tiefer einsteigen, Fragen stellen und neue Perspektiven gewinnen.

Egal, ob schon lange dabei oder ganz neu – alle sind willkommen. Komm vorbei, bring deine Ideen mit und werde Teil einer starken linken Bewegung in Spandau.

Aktiventreffen Machen

 Jeden 1. Dienstag im Monat, 19 Uhr
 Geschäftsstelle: Die Linke Spandau
Pichelsdorfer Straße 138
 Aktionen planen und aktiv werden





Aktiventreffen Lernen

 Jeden 3. Dienstag im Monat, 19 Uhr
 Geschäftsstelle: Die Linke Spandau
Pichelsdorfer Straße 138
 Neues Lernen und gemeinsam diskutieren

Folg uns doch und bleib informiert

Du willst wissen, was in Spandau so los ist?
Du willst über unsere Aktionen informiert werden und Linke Kommentare zu aktuellen politischen Ereignissen in Spandau hören?

Dann kannst du dich hier informieren
oder du meldest dich einfach direkt bei uns:

 [dielinke.spandau](https://www.instagram.com/dielinke.spandau)
 [DIE LINKE.Spandau](https://www.facebook.com/DIE.LINKE.Spandau)
 www.die-linke-spandau.de
 info@die-linke-spandau.de



Kein Geld ist auch keine Lösung...

Unterstützt uns mit
einer Spende

Die Linke Spandau
IBAN: DE48 1007 0848 0525 6078 07
BIC: DEUTDEDB110
Verwendungszweck: ☺spende Die Linke Spandau

Die Linke

Bezirksverband
Spandau